

# Karl-Marx-Platz

Ortszeitung der DKP Elmshorn

Nr. 255 / 38. Jahrgang August 2009 - Solidaritätsspende Sparkasse Elmshorn Kto 126985 BLZ 22150000

## Kapitalistische Krise kommt in Elmshorn an

Entgegen allen Behauptungen wird der Hertie-Standort in der Innenstadt geschlossen. Dutzende von Kolleginnen und Kollegen verlieren ihren Arbeitsplatz. Wo sollte es dafür Alternativen in Elmshorn geben?

Talkline schließt endgültig. Einige Hundert Kolleginnen und Kollegen verlieren einen gutbezahlten Arbeitsplatz in einem Betrieb, der immer gepriesen wurde als

zukunftsfähig, modern, innovativ. Was wird aus den Kolleginnen und Kollegen und ihren Familienangehörigen? Hier platzen nicht nur Träume, sondern auch reale Lebensverhältnisse; mit all den Folgen, die es jetzt schon für die mehr als 3.000 Arbeitslosen im Arbeitsamtsbezirk Elmshorn gibt. Mehrere Klein- und Mittelbetriebe haben inzwischen einen hohen Preis für die Auswirkungen

der Krise zahlen müssen. Es halten sich anhaltend Gerüchte, die Kurzarbeit bei Autoliv könnte die Vorstufe sein zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und zur Infragestellung des Standortes.

Wie man hört, wird es in Kürze Entscheidungen dazu geben. Man ahnt nichts Gutes, Kolleginnen und Kollegen, die jahrelang auf Lohnerhöhungen und soziale Leistungen verzichtet haben, stehen schon jetzt unter einem enormen Druck. Die Stadt Elmshorn verfügt über immer weniger Steuermittel, Sozialausgaben und andere Haushaltstitel werden gekürzt oder zusammengestrichen, dies trifft vor allem Leistungen. Die Belegschaft des Rathaus trägt ein Teil der Folgen durch ständige Ausdünnungen der Belegschaft, sie weiß was Arbeitsverdichtung konkret bedeutet. Täglich mehr Menschen können sich keine Mahlzeit mehr leisten, sie müssen die Tafel in Anspruch nehmen.

Wir wissen seit langem, dass mehr als jedes vierte Kind unter Bedingungen von Armut groß werden muss.

Der Sozialabbau verschärft sich. Es ist eine Lüge wenn behauptet wird, dass es Streifen am Horizont gäbe, eine Wende zum Besseren kommen würde.

Es ist falsch, wenn versprochen wird, dass es ein Zurück zu vermeintlich sicheren Verhältnissen der Vergangenheit

geben könnte. All dies ist nur Ablenkung um die Einsicht zu notwendigem Handeln zu verhindern. Handeln und Aktiv werden ist in dieser Situation die einzige Möglichkeit Einfluss zu nehmen und Entwicklungen zu verändern. Ohne Solidarität, wird es auch keine Lösung für Betroffene und keine Veränderung geben. Ängste für demnächst Betroffene



sollten durch solidarische Aktionen bekämpft werden.

Gewerkschaften, Sozialverbände, Kirchen, politische Parteien sind jetzt herausgefordert, Antworten zu geben, die ehrlich die Situation darstellen und mögliche Entwicklungen aufzeigen zur Veränderung. Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte über solche Verhältnisse, in denen wir leben wollen, die das Recht auf Arbeit, Bildung und Ausbildung garantieren, in der soziale Systeme tatsächlich sicher sind, in der es eine planbare Zukunft für alle gibt das ist für uns der Sozialismus. Wir müssen uns auf langfristige Auseinandersetzungen einstellen, um diese Ziele durchzusetzen. Ohne Kampf wird das nicht zu haben sein, was wir zu Recht einfordern:

**Das Recht auf ein menschenwürdiges Leben  
und auf eine Zukunftsgestaltung,  
die jede und jeden ein Leben in Würde garantiert.**

## Keine Nazis in Pinneberg

Das hat die Kreisstadt Pinneberg viele Jahrzehnte nicht mehr erlebt:

4000 Menschen waren dem breiten Aufruf des antifaschistischen Bündnisses gefolgt und haben gegen den provokativen Aufmarsch des berüchtigten Nazi-Führers Thomas Wulf demonstriert.

Der Erfolg dieser Bewegung liegt in der politischen Klarheit, der eindeutigen Ablehnung des Faschismus und dem Willen, dies auch öffentlichkeitswirksam zu dokumentieren und der Bereitschaft, breitestmögliche gesellschaftliche Bündnisse für die Bekämpfung der Nazis zu schaffen.

In einer demokratischen Arbeitsweise hat das Bündnis Möglichkeiten organisiert, unterschiedliche Sichtweisen miteinander auszutauschen und sich auf ein Gesamtkonzept zu einigen.

Das wird auch auf jene nicht ohne Eindruck bleiben, die diese Demonstration im Vorwege diffamierten als „linksextremistische“ die man genauso ablehnen müsse wie den Nazi-Aufmarsch.

Die Pinneberger Demonstration wird andere ermutigen, selbst aktiv zu werden. Nach dieser Demonstration gegen Nazis muss festgehalten werden: Es bleibt eine Schande,

**Faschismus ist keine  
Meinung sondern ein  
Verbrechen!**

dass 200 Neonazis in einem Stadtteil Pinnebergs demonstriert haben und demonstrieren durften.

Dies widerspricht dem Artikel 139 des Grundgesetzes.

Es bleibt die Frage:

Wieso können bundesdeutsche Gerichte Entscheidungen treffen, die es Verbrechern ermöglicht, Verbrechen öffentlich zu verteidigen?

Der Vergleich zwischen Links- und Rechtsextremismus verharmlost den Faschismus und verhöhnt deren Opfer.

Es ist zu hoffen, dass die Demonstration der 4000 auch zu neuem Nachdenken führen wird.

Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP, machte in seiner Rede unter anderem den Vorschlag, als öffentlichkeitswirksamen Akt des Antifaschismus endlich das von den Faschisten 1934 eingeweihte Denkmal am Bahnhof Pinneberg zu schleifen.

.....

## Fußtritte für Kieler SPD-Minister

Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) hat die Regierung der Großen Koalition in Schleswig-Holstein einseitig aufgekündigt.

Die vier sozialdemokratischen Minister erhielten von dem sich jovial gebärdenden, aber nach Gutsherrenart regierenden Diktator einen Fußtritt. Die Entlassungsurkunden wurden ihnen am 20. Juli nach Haus geschickt. Am 21. Juli mussten sie ihre Schreibtische räumen. Sie hatten ihre Schuldigkeit getan, sie können gehen. „Eiskalte Machtausübung“, nannte die „menschlich enttäuschte“ Stellvertretende Ministerpräsidentin Ute Erdsiek-Rave das Verfahren.

Am gestrigen Donnerstag fand im Kieler Landtag eine „unechte“ Vertrauensabstimmung statt, die Carstensen mit der Absicht inszenierte zu verlieren. Sie sollte den Weg zur Neuwahl des Landtages zeitgleich mit der Bundestagswahl am 27. September frei machen.

Carstensen spekuliert offensichtlich darauf, vom Umfragehoch von CDU/CSU und FDP auf Bundesebene zu profitieren.

Im Mai 2010, dem offiziellen Wahltermin, könnte er wegen der zu erwartenden vollen Wucht der Wirtschaftskrise auf die breite Mehrheit der Bevölkerung kaum mit positiven Ergebnissen rechnen.

Die Aufkündigung der Regierungskoalition mit der SPD erfolgte zu einem Zeitpunkt, als der CDU-Ministerpräsident bei einer Lüge im Zusammenhang mit einer Sonderzahlung von 2,9 Millionen Euro an den HSH-Nordbank-Chef Nonnenmacher erlappt wurde. Carstensen behauptete, diese Zahlung sei mit den Spitzen der Regierung tragenden Parteien des Landtags abgestimmt worden. Später musste Carstensen nach dem Protest des SPD-Landesvorsitzenden Ralf Stegner zugeben, diese Darstellung sei falsch gewesen. Schon im März war es wegen der Krise der HSH-Nordbank, die nur durch Milliardensummen von den Landesregierungen in Hamburg und Schleswig-Holstein vor der Pleite bewahrt wurde, zu heftigen Erschütterungen im Lager der CDU gekommen.

Anlass war der Rücktritt des Wirtschaftsministers Werner Marnette, ehemaliger Vorstandschef der Kupferhütte Norddeutsche Affinerie, im März 2009. Nach nur neun Monaten hatte Marnette sein Amt aus Protest gegen Peter Harry Carstensen niedergelegt, zu dem er nach eigenem Bekunden kein Vertrauen mehr haben könne.

Marnette hatte von Carstensen Sprechverbot bekommen, nachdem er öffentlich erklärt hatte, die Milliardenhilfen für die HSH-Nordbank durch das Land seien weder den Bürgerinnen und Bürgern noch der Wirtschaft zu vermitteln. Marnette hatte nach seinem Rücktritt gesagt,

**Für Frieden und Sozialismus! DKP**

Carstensen lese keine Akten und sei seinem Amt nicht gewachsen.

Trotz dieser öffentlichen Demontage blieb Carstensen als Ministerpräsident im Amt. Er sei, wie einst Helmut Kohl, ein Meister im Aussitzen von Problemen, heißt es in Schleswig-Holstei. Wi



## Zweifelhafter Sieg der Privatisierer

**Frist für das Bürgerbegehren gegen den Verkauf der Regio Kliniken war zu kurz.**

Der unsägliche Noch-Landrat Dr. Grimme und die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP können jubeln: die im Handstreich in einer Nacht- und Nebelaktion gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vorgenommene Verscherbelung der Regio Kliniken an das Unternehmen Sana kann durch ein Bürgerbegehren nicht mehr verhindert werden. 24.000 Unterschriften wären für das vom Bündnis „Pro Regio Klinik“ angestrebte Bürgerbegehren notwendig gewesen, 20.144 kamen zusammen.- „Hätten wir nur eine Woche mehr Zeit gehabt, dann hätten wir es geschafft“, zog Steffen Kühnert, Landesfachbereichsleiter von ver.di, Bilanz. Die Taktik des Landrats und der CDU und FDP, die Entscheidung über den angeblich notwendigen Verkauf in die Urlaubszeit zu legen, ist aufgegangen.

Obwohl rund 4.000 Stimmen fehlten, zeigt die erreichte Zahl von mehr als 20.000 für ein Bürgerbegehren klar an, wie die Bevölkerung wirklich denkt und dass der Bürgerwille von der Mehrheit des Kreistages missachtet wurde.

Pro Regio betont zu Recht den auch von der DKP seit ihrer Gründung betonten Grundsatz:

„Gesundheit ist keine Ware“. Die Kliniken den Profiteuren zu überlassen, ist unverantwortlich. Was will denn die SANAAG? Sie will Profit machen. Und das geht zu Lasten der Beschäftigten, die um ihre Arbeitsplätze fürchten müssen – im Kreis Pinneberg sind es 2.500.

Außerdem verschlechterten sich in allen privatisierten Krankenhäusern Löhne und Arbeitsbedingungen. Letztlich werden diese Rationalisierungen auch die Patienten zu spüren bekommen. Ver.di und die Personalräte äußerten in

der Öffentlichkeit den Verdacht, dass die Regio Kliniken finanziell schlecht geredet wurden.

Testierte Zahlen zum Jahresabschluss 2008 lagen im Juli zum Zeitpunkt der Entscheidung im Kreistag nicht vor. Trotzdem stimmten CDU und FDP dem Verkauf der Regio Kliniken zu.

Inzwischen lichtet sich der Nebel und deutlich wird, welches skandalöse Spiel hier mit den Krankenhausbeschäftigten und der Öffentlichkeit gespielt wurde.

Am 17. März verabschiedete der Bundestag ein Krankenhausfinanzierungsreformgesetz, das eine bundesweite einheitliche Regelung der Fallkostenpauschale für Krankenhäuser vorsieht. Bisher bekamen die Krankenhäuser in Schleswig-Holstein deutlich weniger Zuschüsse als im Bundesdurchschnitt. Mit der neuen Regelung werden nach einem Gutachten 77 Euro pro Fall gezahlt. Das macht für Schleswig-Holstein die Summe von 40,3 Millionen aus, enthüllte Knut Persson, Ratscherr für „Die Linke“ in Wedel. Persson: „Für Pinneberg dürfte da eine Menge Geld abfallen. Spätestens im nächsten Jahr werden sich die Erlöse der Regio Kliniken deutlich verbessern.“. CDU, FDP und der Landrat Dr. Grimme haben die Auswirkungen des „Krankenhausfinanzierungsreformgesetz“ auf Schleswig-Holstein und damit auch auf den Kreis Pinneberg der Öffentlichkeit verschwiegen. Unter den Tisch kehren können sie die entstehenden Fragen aber nicht.



## Termine

**1. Sep. ist Antikriegstag,  
Wirtschaftskrise und weitere Militarisierung,  
19:00 Uhr im Rathaus in Elmshorn  
Veranstalter: GEW, DGB, Ver.di,  
Friedensnetzwerk**

**3. Sep. VFL-Heim Pinneberg  
Keine Nazis in die Parlamente, 19.30 Uhr**

**5.Sept. Aktionstag,  
bundesweite Großaktion  
mit dem Sonderzug nach  
Frankfurt am Main  
mit der IGM Untereibe**

# WASSERTURMFEST



**15.00 Uhr Kinderfest  
Kaffee und Kuchen**

\*\*\*\*\*

**16.00 Uhr - Diskussionsrunde zum Thema:**

**„Soziale Entwicklungen  
und was kann man  
tun gegen  
Arbeitsplatzvernichtung“**

\*\*\*\*\*

**Musik: die Gruppe „Luke 3“**

**„Musik zum Tanz für Jung + Alt“**

**Spanferkel \* Bier vom Fass \* Tombola**

# 22. August 2009

**Jahnstraße 2a, Elmshorn**

**V.i.s.d.P. Günter Strauer, Saarlandhof, 25335 Elmshorn**